

AG Programmatik der CDU-Lübeck

Stand: 18.02.2024

Sammlung der Lübecker Anträge zum CDU-Grundsatzprogramm

1. Zeile 23: ändere in:

„Die Strafe muss der schnellen Aufklärung der Tat auf dem Fuße folgen.“

Begründung: Bei aller Notwendigkeit die Verfahren zu beschleunigen, darf nicht der Verdacht aufkommen, dass dies zu Lasten der Aufklärung von Straftaten geht.

2. Zeile 25: ändere in:

„...politischen Islamismus.“

Begründung: Der Austausch des Begriffs „Islam“ gegen „Islamismus“ soll sicherstellen, dass wir den extremistischen Islamismus meinen.

3. Zeile 37ff: Der Satz ist wie folgt zu ergänzen:

„Zu unserer Leitkultur gehören die Achtung der Würde jedes einzelnen Menschen und die daraus folgenden Grund- und Menschenrechte, unser Rechtsstaat **und unsere demokratische Ordnung, Respekt und Toleranz, das Bewusstsein von Heimat und Zugehörigkeit, Kenntnis der deutschen Geschichte sowie die Anerkennung des Existenzrechts Israels.“**

Begründung: An dieser Stelle, wo es um zentrale Werte geht, die unsere Leitkultur ausmachen, reicht der Verweis auf den Rechtsstaat m.E. nicht, die demokratische Ordnung als Kernelement unserer Ordnung sollte explizit genannt werden.

4. Zeile 57f: ändere in:

„Kinder, die kein Deutsch können, müssen wir beim Spracherwerb stärker unterstützen.“

Begründung: Der neue Vorschlag soll das Ziel der Unterstützung nennen.

Oder:

Einfügen nach „Sprache ist der Schlüssel zu unserer Gesellschaft!“:

„Dies gilt für alle Menschen, die in unser Land kommen, um hier zu leben und zu arbeiten. Wer keine Grundkenntnisse unserer Sprache hat, soll verpflichtend entsprechende Angebote wahrnehmen. Zudem müssen wir Kinder, die kein Deutsch können, stärker unterstützen.“

5. Zeile 61f: ändere in:

„Wir stehen für ein nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum, das die natürlichen Ressourcen schont.“

Begründung: Wirtschaftliches Wachstum ist auch mit der Schonung der natürlichen Ressourcen möglich. Das sollte sich auch in der Formulierung widerspiegeln, bevor sich Widerspruch von denen regt, die bei wirtschaftlichem Wachstum noch an rauchende Schornsteine denken.

6. Zeile 171f: ändere in:

„...wir sind eine Kultur- und Wissenschaftsnation...“

Begründung: Die Formulierung soll die starken Verbindungen von Wirtschaft, Rechtsstaatlichkeit und Kultur zu den Wissenschaften betonen.

7. Zeile 172: Der Satz wird wie folgt ergänzt:

„(...) wird sind eine Kulturnation, wir sind ein Land der **Erfinder, Tüftler, Macherinnen und Arbeiter.**

Begründung: Ergänzung um „Erfinder“. Tüftler hört sich sehr nach „trial-and-error“ an, „Erfinder“ steht m.E. für ein strukturiertes Herangehen an anspruchsvollere Aufgaben, sollte deshalb hier ergänzt werden.

8. Zeile 173: ändern in:

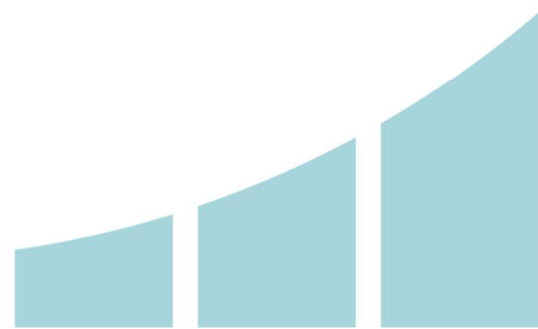
„Die CDU ist überzeugt, dass die Menschen in diesem Land miteinander **die Zukunft gestalten wollen.“**

Begründung: Ohne Artikel vor „Zukunft“ hat der Satz einen Hauch von Jugendsprache.

9. Zeile 179ff: ändere nach „Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit.“ wie folgt:

„Das waren die Grundsätze unserer vorangegangenen drei Grundsatzprogramme und es bleibt auch die Aufgabe dieses vierten Grundsatzprogramms...“

Begründung: Wer die Geschichte unserer Grundsatzprogramme nicht kennt, versteht ohne Klarstellung vielleicht nicht, dass diesem Programm bislang (nur) drei vorausgegangen sind.



10. Zeile 185f: ergänze wie folgt:

„...Wohlstandsversprechen und Klimaneutralität, Stabilität und Entwicklung, Bewahrung des...“

Begründung: Bei der Balance der scheinbaren Exponenten fehlt noch ein Part, der darauf hinweist, dass wir Fortschritte auf einem stabilen Fundament verfolgen, also etwas, das manchmal auch als „fortschrittlicher Konservatismus“ beschrieben wird.

11. Zeile 190: Einfügen nach dem ersten Satz:

„Zudem wollen wir den Wandel so gestalten, dass wir die Menschen in unserem Land auf diesen Weg mitnehmen. Eine klare, offene und frühzeitige Information ist die Basis für jede erfolgreiche Veränderung.“

12. Zeile 192f: ändere in:

„Die Menschen sind nicht die ursprünglichen Schöpfer der Welt...“

Begründung: Die Schöpfung ist weitaus älter als die Menschheit, aber menschliche Gesellschaften gestalten diese Welt immer stärker mit. Menschen sind somit Mitschöpfer und tragen deshalb auch die im Folgesatz genannte Verantwortung für ihr Handeln.

13. Zeile 444: ergänze wie folgt:

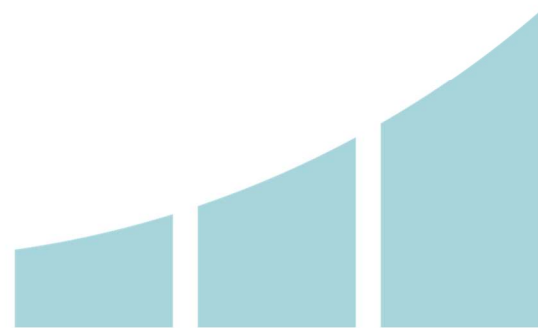
„...Hilfswerk, die Hilfsorganisationen, die Rettungsdienste und die Bundeswehr aus der Bevölkerung erhalten.“

Begründung: Der Absatz stellt zwar auf den Einsatz in Inneren ab, die Bundeswehr ist aber ebenfalls in der Öffentlichkeit sichtbar. Zudem ist es sinnvoll und von uns auch gewollt, dass die Bundeswehr auch leichter im Inneren eingesetzt werden kann.

14. Zeile 453ff: ändere in:

„Wir wollen eine bessere personelle Ausstattung, eine Straffung der Instanzen und einen Digitalisierungsschub...“

Begründung: Die größten Potentiale zur Beschleunigung der Rechtspflege liegt nicht in der Verkürzung des Instanzenzuges, sondern in der Beschleunigung der Verfahren innerhalb der Instanzen.



15. Zeile 455ff, ändere in:

„Dazu muss das Personal entlastet werden, vor allem durch die Hilfe von Künstlicher Intelligenz.“

Begründung: Es darf nicht der Eindruck entstehen, dass wir wesentliche Entscheidungen auf künstliche Intelligenz verlagern wollen. Künstliche Intelligenz soll nur ein Hilfsmittel sein, damit Personal schnellere und zugleich bessere Entscheidungen fällen kann.

16. Zeile 590:

Satz verständlicher formulieren:

„Dazu reichen harte Maßnahmen der Strafverfolgung alleine nicht aus.“

17. Zeile 768:

Ersetze „integriert“ durch „verknüpft“.

18. Zeile 817: Nach dem Halbsatz: „unter anderem durch

Mehrheitsentscheidungen in der Außen- und Sicherheitspolitik“ ist der Satz einzufügen:

„Der Parlamentsvorbehalt beim Einsatz der Bundeswehr im Ausland steht auch in diesem Fall nicht zur Disposition.“

Begründung: Es sollte hier klargestellt werden, dass der Charakter der Bundeswehr als Parlamentsarmee, der konstitutiv für das Selbstverständnis auch der Bundeswehr selbst ist, von uns nicht in Frage gestellt wird.

19. Zeile 902: ändere in:

„...im Wissen um unsere historische Verantwortung...“

Begründung: Die jetzt lebenden Generationen sind von Schuld nicht betroffen. Der Begriff der Verantwortung appelliert dagegen dauerhaft auch an jetzige und zukünftige Generationen. (Vergleiche dazu auch die Formulierung in Zeile 1045)

20. Zeile 933: ändere in:

„Wir bekennen uns zum Ideal der Ehe als rechtlich verbindliche und auf Dauer angelegte Verantwortungsgemeinschaft....“

Begründung: Der Zusatz des Begriffs des „Ideals“ verdeutlicht, dass es in der Realität vielen Paaren leider nicht gelingt, diesem Ideal gerecht zu werden. Trennungen sind dann nicht selten ultima ratio. Manchmal sind Trennungen sogar eine Voraussetzung, um die gemeinsame Sorge für Kinder wieder herzustellen.



21. Zeile 988: Am Ende des Absatzes, nach dem Wort „Personal“ ist der Satz zu ergänzen:

„Wir wollen Chancen eröffnen ohne die grundsätzliche Freiheit von Familien, ihr Leben und auch die Erziehung eigenständig zu gestalten, durch staatliches Handeln in Frage zu stellen oder die Eltern aus ihrer Verantwortung zu entlassen.“

Begründung: Als CDU sollten wir bei aller Notwendigkeit der im Absatz beschriebenen Punkte durchaus auch betonen, dass wir Kindererziehung nicht grundsätzlich als staatliche Aufgabe sehen, sondern – im Einklang mit Artikel 6 Abs. 2 GG – als Recht und Pflicht der Eltern.

22. Zeile 1021: Der Satz wird wie folgt ergänzt:

„Ein identitätspolitisches Politikverständnis, das Gruppeninteressen verabsolutiert und damit zur Fragmentierung unserer Gesellschaft beiträgt, entspricht nicht unserem Menschenbild, **in dem der einzelne Menschen mit seinen individuellen Begabungen und seinem individuellen Recht auf persönliche Entfaltung im Mittelpunkt steht.**“

Begründung: Präzisierung, dass wir Identitätspolitik nicht nur aufgrund der Auswirkungen auf die Gesellschaft ablehnen (Fragmentierung), sondern auch, weil in einer Gesellschaft, in der Menschen nach äußeren Merkmalen Gruppen „zugeordnet“ werden, deren Individualität und individuelle Entfaltungsmöglichkeiten jenseits von „Gruppenzuordnungen“ in Frage gestellt bzw. behindert werden.

23. Zeile 1040ff: ergänze in:

„Christliche Symbole gehören seit der Spätantike zu unserer Geschichte und müssen deshalb im öffentlichen Raum sichtbar bleiben,...“

Begründung: Auch große Teile der nichtkirchlich gebundenen Bevölkerung akzeptiert christliche Symbole als wesentliche Bestandteile unserer Kultur. Es sollte hier verdeutlicht werden, warum das so ist.

24. Zeile 1051f: Der Satz wird wie folgt ergänzt:

„Die wenigsten von ihnen sind in den großen islamischen Verbänden organisiert **auch für sie gilt, dass die Religionszugehörigkeit nicht stets mit Religiosität einhergeht.**“

Begründung: Wir sollten auch im Kontext des Folgesatzes, wonach wir Muslime dabei unterstützen wollen, sich zu organisieren, durch diese Ergänzung verdeutlichen, dass es auch Muslime in Deutschland gibt, die nicht oder nur wenig religiös sind und dass uns diese Tatsache bewusst ist und wir niemand „zwingen“, sich im wesentlichen als „muslimisch“ zu definieren und entsprechend zu organisieren.



25. Zeile 1109ff: ergänze in:

„Unsere kulturelle Identität wird gleichermaßen geprägt von unserem kulturellen Erbe, wie unseren Denkmälern und großartigen Museen,...“

Begründung: Das kulturelle Erbe, insbesondere unsere Denkmale, hat keinen geringeren Stellenwert für unsere Identität und Kultur als die anderen Kultureinrichtungen, die jetzt schon im Entwurf genannt werden.

26. Zeile 1114ff: Der folgende Satz ist wie folgt zu ändern:

„Kunst und Kultur bringen Farbe in unser Land, spenden Kreativität, Wissen, Kraft, Freizeit, Freude und Ideen. Sie bereichern uns und unser Leben – und sie sind **auch ein enormer Standort- und Wirtschaftsfaktor in Stadt und Land.“**

Begründung: Es sollte ein „auch“ eingefügt werden, um das Wort „enorm“ abzuschwächen, da ohne das „auch“ die beiden Sätze so missverstanden werden könnten, dass Kunst und Kultur zwar auch Freude spenden kann, wirklich wichtig für uns aber die wirtschaftliche Seite ist („enormer Standortfaktor“), wohingegen es unser Gefühl ist, dass mit dem „und (...) auch“ deutlicher wird, dass dies „nur“ ein – wenngleich bedeutender – weiterer Nutzen ist.

27. Zeile 1155: ändere in:

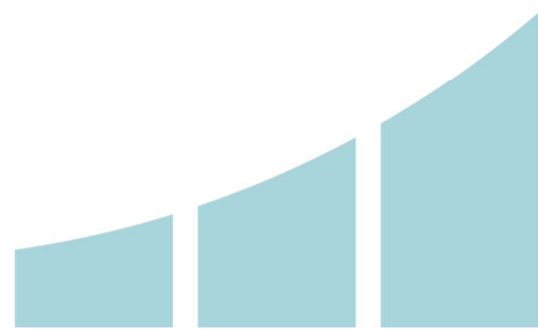
„...Information, Bildung, Kultur und Unterhaltung, bei größtmöglicher Staatsferne und Kostenbewusstsein anbieten.“

Begründung: Es darf auf keinen Fall der Eindruck entstehen, dass es an einer Staatsferne mangelt. Die Medien in unserem Land sollen weiter unabhängig von politischer Einflussnahme berichten. Andererseits hat die Politik dafür zu sorgen, dass GEZ-finanzierte Beiträge kostenbewusst ermittelt werden. Staatsferne und Kostenbewusstsein sind grundsätzliche Säulen unserer Medienpolitik.

28. Zeile 1174f: Der Satz „Sprache sollte zusammenführen und nicht ausschließen“ wird wie folgt ergänzt:

„Sprache als Grundlage der Verständigung und des Austauschs sollte nicht politisiert werden, sondern zusammenführen und nicht ausschließen.“

Begründung: Es sollte hier etwas expliziter formulieren darf, denn u.E. ist das Problem die „Politisierung“ der Sprache.



29. Zeile 1178f: ändere in:

„Wir sind für eine den Vorgaben des Rates für deutsche Rechtschreibung entsprechende Schreibweise, die in Abstimmung mit anderen deutschsprachigen Ländern erfolgt.“

Begründung: Dem Rat für deutsche Rechtsprechung gehören Mitglieder aus sieben Ländern und Regionen an. Die Einheitlichkeit unserer gemeinsamen Sprache ist für uns besonders wichtig. Wir wollen ihre offiziellen Regeln nur in enger Absprache mit unseren Partnern gestalten.

30. Zeile 1187: ergänze in:

„Breiten-, Leistungs- und Spitzensport...“

Begründung: Üblicherweise wird das Betreiben von Sport in den drei Intensitäten Breiten-, Leistungs- und Spitzensport unterteilt.

31. Zeile 1199: ändere in:

„Wir bauen auf den Grundsatz der elterlichen Erziehungsverantwortung und...“

Begründung: Der Begriff des Grundsatzes verdeutlicht, dass es leider auch einen nicht unwesentlichen Teil von Eltern gibt, die ihrer Erziehungsverantwortung nicht gerecht werden, so dass ein „staatliches Wächteramt“ mit Kontroll- und Eingriffsbefugnissen in diesen Fällen nötig ist.

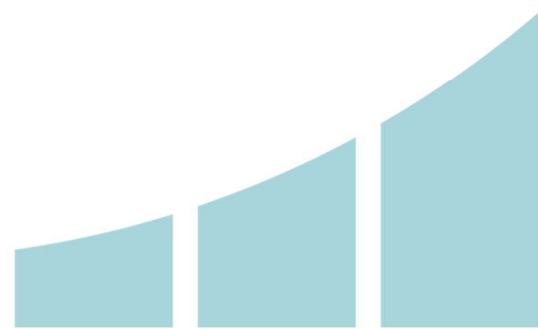
32. Zeile 1255f: ändere in:

„Wir treten dafür ein, dass konfessionsübergreifender Religionsunterricht in allen Ländern zum Kanon der Pflichtfächer zählt.“

Begründung: Wenn Religionsunterricht zum Pflichtkanon gehören soll, muss er für die Allgemeinbildung zwingend erforderliche Kenntnisse über die Breite aller großen Konfessionen vermitteln. Ein solches Wissen könnte auch im Philosophieunterricht vermittelt werden.

33. Zeile 1257:

Ersetze „grundsätzlich“ durch „generell“.



34. Zeile 1267: ändere in:

„Die Themen Wirtschaft und Recht als Basis von Wohlstand und Demokratie müssen schon...“

Begründung: Ebenso wichtig wie wirtschaftliche Kenntnisse sind grundlegende Rechtskenntnisse, zum Beispiel über Geschäftsfähigkeit und das Zustandekommen von Verträgen. Es spricht nichts dagegen, beide Bereiche in einem Fach („Wirtschaft und Recht“) zu vermitteln.

35. Zeile 1308: Ergänzen:

„Gute Schulen und Universitäten benötigen auch eine gute Ausstattung mit „Lehrenden“ – sowohl von der Anzahl her als auch von der Qualität. Es muss in Deutschland in allen Bundesländern möglichst einheitliche Rahmenbedingungen geben, die es interessant und erstrebenswert machen, hier zu unterrichten und zu lernen.“

36. Zeile 1318f: Nach dem Satz „Wir treten für die Freiheit und Exzellenz von Forschung und Lehre ein.“ wird eingefügt:

„Ohne offene Debatten kann es keinen wissenschaftlichen Erkenntnisfortschritt geben. Einem ideologisch geprägten Beschneiden der freien Debattenkultur an unseren Hochschulen treten wir deutlich entgegen.“

Begründung: Unseres Erachtens sollte in einem Kapitel zur Wissenschaft eine Positionierung der CDU zu dieser Frage, die an den Universitäten durchaus Relevanz erlangt hat, nicht fehlen.

37. Zeile 1327: ändere in:

„Forschungsergebnisse müssen offen zugänglich sein, solange die nationale Sicherheit keine Geheimhaltung erfordert.“

Begründung: Die Einschränkung zu Gunsten der nationalen Sicherheit ist gerade wegen der andauernden Bedrohungslage durch Russland und China zwingend. Das gilt insbesondere für wehrtechnisch relevante Forschung der Universitäten ohne die sogenannte Zivilklausel.

38. Zeile 1367:

Ersetze „Ingenieurinnen“ durch „Ingenieure und Ingenieurinnen“

39. Zeile 1384:

Ersetze „Besitz“ durch „Eigentum“



40. Zeile 1391ff: ändere in:

„Wir stehen für ein nachhaltiges, ressourcenschonendes wirtschaftliches Wachstum.“

Begründung: Der Legende, dass wirtschaftliches Wachstum nur zwingend zu Lasten der natürlichen Ressourcen erfolgt, muss entgegengetreten werden. Wirtschaftliches Wachstum gründet heute nicht mehr nur auf rauchenden Schornsteinen, sondern vor allem auf innovativen Bereichen, wie der Digitalwirtschaft und der Biotechnologie,

41. Zeile 1417:

Ergänze nach „Energieangebot“: ...“ zu wettbewerbsfähigen Kosten,“ ...

42. Zeile 1446ff: ergänze in:

„Mit Rohstoffpartnerschaften auf europäischer Ebene, mit unseren transatlantischen und verlässlichen Partnern weltweit und immer besser geschlossenen Altstoff-Rohstoff-Kreisläufen wirken wir riskanten Abhängigkeiten entgegen.“

Begründung: Ein hoher Grad an Geschlossenheit von Altstoff-Rohstoff-Kreisläufen ist nicht nur umweltpolitisch geboten, sondern senkt den Anteil an Rohstoffen, die auf anderen Wegen beschafft werden müssen.

43. Zeile 1458ff: Der Satz wird um das Wort „auch“ wie folgt ergänzt:

„Um künftig unsere Werte und unseren Platz auch in der digitalen Welt sichern zu können, müssen wir in Schlüsseltechnologien wie Künstlicher Intelligenz und Quantencomputing eine Rolle einnehmen, die es uns ermöglicht, die Spielregeln mit zu bestimmen.“

Zudem wird der Satz angefügt:

„Zugleich sind wir uns bewusst, dass europäische Regulierung im Bereich der Digitalindustrie berücksichtigen muss, dass wir gegenüber starken Wettbewerbern in anderen Teilen der Welt wettbewerbsfähig bleiben müssen.“

Begründung: Man muss aufpassen, sich nicht lächerlich zu machen, wenn man im Bereich Digitalindustrie/KI behauptet, Europa sei in der Lage oder könne absehbar in diese kommen, die Spielregeln zu bestimmen. Davon ist Europa weit entfernt und droht durch eigene Regulierung sogar Einfluss in diesem Bereich zu verlieren.

Der zweite Satz nimmt dies auf und warnt davor, dass eine zu europazentrierte Sicht bei der Regulierung nicht zu globalen Standards für die Digitalindustrie führen wird, sondern Europas Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit bremst.



44. Zeile 1514: Der Satz wird wie folgt ergänzt:

„Dies gilt auch für Anreize zur CO₂-Einsparung, **die jedoch nicht zu einer Erhöhung der Steuer- und Abgabenquote insgesamt führen dürfen.**“

Begründung: Gerade als CDU sollten wir klarstellen, dass wir Preissignale in der Klimaschutzpolitik nicht zur Erhöhung der Staatseinnahmen „missbrauchen“ werden.

45. Zeile 1613f: Zu **streichen** sind die beiden folgenden Sätze

„Dazu wollen wir die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen stärken. Die Sozialpartner müssen weiter die zentrale Rolle im Tarifausschuss spielen.“

Begründung: Wenn die Bindekraft von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften stetig abnimmt, ist es m.E. nicht Aufgabe des Staates, durch Allgemeinverbindlicherklärung nach § 5 des Tarifvertragsgesetzes diesen Prozess letztlich zu „unterminieren“, zumal bei der Allgemeinverbindlicherklärung die „Spitzenorganisationen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer“ eingebunden werden.

Zugespißt formuliert: Nehmen wir den Verbänden/Gewerkschaften nicht den Anreiz, sich um ihre Mitglieder so zu kümmern, dass sie nicht austreten, wenn die Tarifpartner letztlich um die Möglichkeit, die wir laut Entwurf sogar stärken wollen, wissen, dass auch ein Tarifvertrag, der mangels Mitgliedern nicht über Rückhalt in der Branche verfügt, über den Umweg Allgemeinverbindlicherklärung doch für alle – unabhängig von der Mitgliedschaft in den Verbänden – bindend werden kann.

46. Zeile 1655ff: Der Satz ist wie folgt zu ergänzen:

„Wir wollen private Vermögensbildung **grundsätzlich und** vor allem für kleine und mittlere Einkommen unterstützen, zum Beispiel durch steuerliche Anreize **wie erhöhte Freibeträge für Kapitalerträge** und attraktive Mitarbeiterkapitalbeteiligungen.“

Begründung: Es muss zunächst grundsätzlich um eine Stärkung privater Vermögensbildung gehen, gern dann mit einer gewissen Fokussierung auf kleine und mittlere Einkommen.

Zweite Änderung:

„Mitarbeiterkapitalbeteiligungen“ bieten sich nicht überall an (z.B. Familienbetriebe, freie Berufe, öffentliche Dienst), deshalb sollte durch das zweite Beispiel verdeutlicht werden, dass es verschiedene Varianten gibt, was nicht ganz klar wird, wenn explizit nur eine Maßnahme genannt wird.



47. Zeile 1672: ergänze wie folgt:

„... und konsequenter technologische Innovationen, wie Künstliche Intelligenz und Biotechnologie, unter Beachtung auch ethischer Aspekte, nutzen.“

Begründung: Gerade im Bereich des Gesundheitswesens bedarf es eines ausdrücklichen Bekenntnisses zu den Möglichkeiten der KI und der Biotechnologie, einschließlich der Gentechnologie, aber unter Berücksichtigung auch ethischer Aspekte.

48. Z. 1675: Nach dem Satz „Jeder von uns ist gefragt, mehr auf seine eigene Gesundheit zu achten.“ ist der Satz einzufügen:

„Mit mehr Patientensteuerung nach medizinischen Kriterien wollen wir erreichen, dass die Ressourcen effizienter genutzt werden und Patienten an der für ihre Erkrankung richtigen Stelle der Gesundheitsversorgung behandelt werden.“

Begründung: In der Fachdiskussion gibt es einen durchaus großen Konsens, dass eines der Defizite des deutschen Gesundheitswesens die ungesteuerte Inanspruchnahme durch die Patienten ist. Jeder kann ohne medizinische Einschätzung überall – von der Hausarztpraxis bis zur Notaufnahme des Maximalversorgers - „hingehen“. Dies führt zur Fehlallokation begrenzter (personeller und finanzieller) Ressourcen und ist zudem auch medizinisch nicht sinnvoll. Im Bereich der Notfallversorgung wird bereits stärker auf zielgerichtete Steuerung durch Ersteinschätzungsverfahren gesetzt.

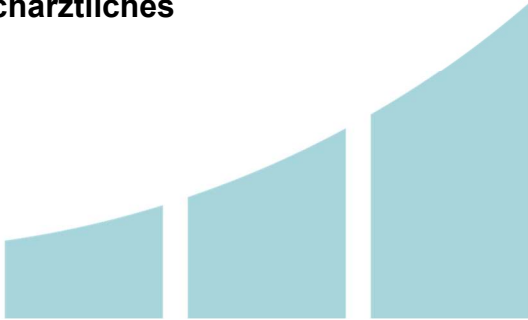
49. Zeile 1695f: Der Satz wird ergänzt:

„Unser Ziel ist es, Versorgungslücken zu schließen und die gesundheitliche Versorgung insbesondere im ländlichen Raum zu erhalten und wo möglich zu verbessern.“

Begründung: Vor dem Hintergrund des Ärztemangels (auch des Fachkräftemangels in anderen Gesundheitsberufen) gerade im ländlichen Raum ist es ein zu großes Versprechen, hier „Verbesserungen“ anzukündigen, wo alle Fachleute wissen, dass „Erhalt“ schon großer Anstrengungen bedürfen wird.

50. Zeile 1696ff: Neuformulierung des Satzes:

„Es braucht eine regionale Bündelung ambulanter Versorgungsangebote in vorrangig freiberuflich-selbständig getragenen Gesundheitszentren, eine sektorenübergreifende Zusammenarbeit, ein sich Ergänzen der Gesundheitsberufe sowie den Ausbau der Telemedizin und eine Stärkung der Präsenzapotheken. Die Hausarztpraxis muss erste Anlaufstelle für Patientinnen und Patienten vor Ort bleiben, ergänzt um ambulantes fachärztliches Versorgungsangebot.“



Begründung: Folgende Aspekte:

Ergänzung Freiberuflichkeit, weil a) der Begriff „Gesundheitszentren“ nicht verbindlich definiert ist und hier auch staatliche Einrichtungen darunter verstanden werden könnten, was aber nicht CDU-Position sein sollte (deshalb die Abgrenzung durch Ergänzung) und b) es der CDU gut zu Gesicht steht, zumindest in Andeutung die Präferenz für die bestehende Struktur und den freien Arztberuf auch in der Selbständigkeit ausgeübt anzudeuten, wenn dies auch im vorherigen Programm klarer formuliert war.

Zum in der Aufzählung ergänzt: Das sich Ergänzen der Gesundheitsberufe, dies, weil eines der großen Themen der Zukunft auch Delegation ist, u.a. an neue Gesundheitsberufe (Bsp. Physican Assistant).

Schließlich im letzten Satz Verweis auf ambulante Facharztversorgung, die von Parteien links der Mitte vielfach auch in Frage gestellt wird, was die CDU klassisch nicht getan hat.

51. Zeile 1751: ändere in:

„... ist stets im Einklang mit der Emissionskontrolle der Kohlenstoffkreislaufführung zu sehen.“


Begründung: Derzeit ist die Emissionskontrolle, die auf sehr unterschiedliche Weise erfolgen kann, der drängendste Ansatz zur Stabilisierung des Klimas. Zeile 1814f spricht dagegen sinnvollerweise von einem „Kohlenstoff-Management, das CO₂ abscheidet, als Rohstoff nutzt oder dauerhaft einlagert“. Es ist nicht in nächster Zukunft, aber auf längere Dauer denkbar, dass starken natürlichen Klimaschwankungen mit bewussten CO₂- Emissionen sinnvoll begegnet werden könnte.

52. Zeile 1755:

Ergänzen: „Die Folgen des Klimawandels spüren wir in Deutschland bereits jetzt – regional sehr unterschiedlich. Hochwasser, Hitze, Stürme und Trockenheit stellen uns vor ganz unterschiedliche Herausforderungen. Hier gilt es, durch gemeinsames und vorausschauendes Handeln von Bund, Ländern sowie Städten und Gemeinden, die negativen Auswirkungen des bereits eingetretenen Klimawandels soweit als möglich abzumildern und neue Risiken einzugrenzen.“

53. Zeile 1762ff: Der Satz wird wie folgt umformuliert:

„Für die Akzeptanz dieses Instruments ist es wichtig, die Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung grundsätzlich zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger insbesondere von Haushalten mit kleineren und mittleren Einkommen zu nutzen. Die Energiepreise dürfen keine soziale Frage werden und insbesondere Haushalte mit kleineren und mittleren Einkommen nicht überfordern.“



Begründung: Den „Schutz“ der kleineren und mittleren Einkommen würde ich in der Position verschieben, um klar zu machen, CO2-Mehreinnahmen fließen an alle, die diese Abgaben zahlen, und das sind alle Bürger. Da sollten wir uns von der SPD-Diskussion unterscheiden, die die Auszahlung des sog. Klimageldes einmal mehr mit ihrem Bestreben nach Umverteilung verbinden will und deshalb eine Sozialstaffelung in die Diskussion gebracht hat. Sollte aber keine CDU-Position sein, deshalb „Entzerrung“ der Aspekte.

54. Zeile 1766:

Ergänzen: „Die CO2-Bepreisung soll eine steuernde Wirkung haben. Wir alle in Deutschland, Menschen wie Unternehmen, wollen uns auf den Weg machen, den Verbrauch unserer Ressourcen durch verantwortungsvolles Handeln zu reduzieren. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass es auch bezahlbare Handlungsoptionen gibt – beim Strom, der Heizung oder im Verkehr. Dort wo das noch nicht der Fall ist, halten wir weitere Anhebungen der CO2-Bepreisung nicht für zielführend.“

55. Zeile 1771f: Ergänzung:

„Wir wollen die Erneuerbaren Energien deutlich ausbauen, dabei aber auch Aspekte des Naturschutzes und das gewachsenen Landschaftsbildes berücksichtigen.“

Begründung: Als CDU sollten wir durchaus den Mut haben, zu sagen, dass auch der Ausbau erneuerbarer Energien nicht Vorrang vor jedweden anderen Erwägungen haben kann, d.h. z.B. kein beliebiges Zubauen offener Flächen mit Freiflächen-Photovoltaik und kein Abholzen z.B. landschaftskulturell bedeutender Waldgebiete für Windräder etc. (Kein uneingeschränktes Opfern der „Landschaftsästhetik“)

Alternativer Ort für diesen Aspekt:

Zeile 1829

56. Zeile 1778 ergänze nach „...nicht auf die Option Kernkraft verzichten.“, setze den Satz:

„Sollten neue Kernkrafttechnologien die Möglichkeiten eröffnen, die Menge oder Halbwertzeiten atomaren Abfalls reduzieren, könnte auch dies ein Grund für den Wiedereinstieg in die Kernkraft sein.“

Begründung: Einer der Hauptgründe, die zum Ausstieg aus der Kernkraft in Deutschland geführt haben, waren die extrem langen Halbwertzeiten des Atom Mülls. Neue wissenschaftliche Erkenntnisse könnten die Möglichkeit eröffnen, die Halbwertzeiten des bereits entstandenen Atom Mülls durch die Behandlung in Kernkraftwerke neuester Technologie erheblich zu verkürzen.



57. Zeile 1893f: wie folgt ändern:

„Alle Menschen müssen dort gut leben und Heimat finden können, wo sie leben wollen, vom Dorf **über Klein- und Mittelstädte** bis zur Großstadt.“

Begründung: Gerade Deutschland zeichnet sich durch eine sehr gemischte Struktur von Städten und Gemeinden aus (nicht nur viel „Land“ und wenige „Metropolen“, sondern viel „dazwischen“). Das sollte sprachlich abgebildet werden, um den Gegensatz der vermeintlichen „Extreme“ Dorf/ Großstadt hier nicht überzubetonen und die Vielschichtigkeit der Siedlungsstruktur zu berücksichtigen.

58. Zeile 1916f: ändere in:

„...wollen wir das Bauen erleichtern und in der Gesamtschau mit den **Energiekosten günstiger machen.**

Begründung: Auflagen, die zu einer wesentlichen Senkung der zukünftigen Wohnnebenkosten führen, können weiter sinnvoll sein, um die über längere Zeit entstehende Summe der Wohnkosten zu reduzieren.

59. Zeile 1923f: Der Satz „Wir wollen, dass mehr Menschen in unserem Land Eigentümer werden können“ wird wie folgt ergänzt:

Wir wollen, dass mehr Menschen in unserem Land Eigentümer werden können, **dies gilt sowohl für Eigentumswohnungen als auch für Eigenheime.**

Begründung: Klarstellung der CDU-Position im Hinblick auf manche aktuelle Diskussionen um das vermeintliche Ende des Einfamilienhauses.

60. Zeile 1929: ergänze in:

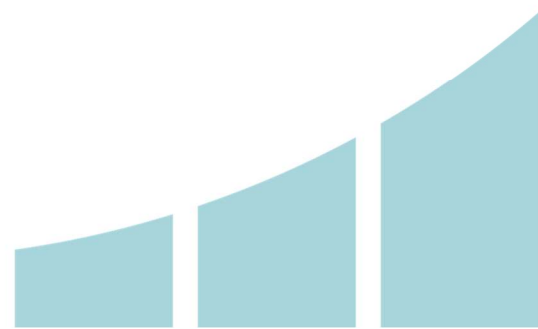
„Das Erbbaurecht und das genossenschaftliche Bauen und Wohnen wollen wir **stärken.**

Begründung: Auch genossenschaftliches Bauen schafft die Möglichkeit von niedragschwelligem Miteigentum und fördert die Vermögensbildung.

61. Zeile 1934ff: Der Satz ab Zeile 1934 wird wie folgt ergänzt:

„Für uns müssen Individualverkehr – **motorisiert und nicht motorisiert** - und öffentlicher Personenverkehr zusammen gedacht werden.“

Begründung: Klarstellung, dass hier der Individualverkehr in seine Bandbreite von Fahrrad bis PKW gemeint ist.



62. Zeile 1938: ändere in:

„Wir stehen zum Automobil und fördern technologieoffen den Umstieg auf nachhaltige Antriebe.“

Begründung: Wir müssen konsistent formulieren, Wenn wir aus umwelt- und aus sicherheitspolitischen Gründen mehr Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern wollen, müssen wir deutlich aufzeigen, dass dies auch für den Individualverkehr gilt. Wenn Deutschland in der Automobilindustrie dauerhaft führend sein soll, geht das nur mit einer klaren Ausrichtung auf nachhaltige Antriebsarten.

oder:

Der Satz wird wie folgt ergänzt:

„Wir stehen zum Automobil und seiner privaten Nutzung, unabhängig von der Antriebsart.“

Begründung: Klarstellung, da ein reines Bekenntnis zum Fortbewegungsmittel Auto nicht hinreichend verdeutlicht, dass der privat genutzte PKW gemeint ist.

63. Zeile 1947: Hinter „(...) die Zuverlässigkeit der Versorgung steigen.“ wird der Satz eingefügt:

„Mit On-Demand-Verkehren wollen wir Angebote des Personennahverkehr an Orten und zu Zeiten ermöglichen, an denen und zu denen der klassischen ÖPNV an Wirtschaftlichkeitsgrenzen stößt.“

Der nächste Satz ist zur Wahrung des Sinnzusammenhangs wie folgt zu ändern:

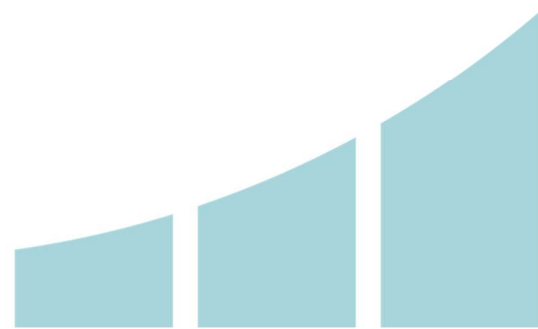
„Sie Eine Ausweitung des Angebots ist wichtiger als die weitere Senkung der Fahrpreise.“

Begründung: Die CDU sollte erkennen lassen, dass auch der politisch erwünschte Ausbau des ÖPNV Überlegungen der Wirtschaftlichkeit folgen muss und Ausbau nicht heißt, dass in jedem Ort und Stadtteil 24/7 Bus und Bahn fahren, sondern dass hier andere und innovative Optionen die Lösung sein können.

64. Zeile 1949f: Nach dem letzten Satz des Absatzes ist neu einzufügen:

„Sicherheit und Sauberkeit sind für uns weitere Voraussetzungen für einen attraktiven öffentlichen Personenverkehr.“

Begründung: Dieser Aspekt wird gern nicht genannt, ist aber wesentlich, um weitere Nutzer für den ÖPNV zu gewinnen. Wer, wenn nicht die CDU sollte diesen Aspekt auch klar ansprechen?



65. Zeile 1991f: Der Satz wird wie folgt ergänzt:

„Wir Christdemokraten wollen einen Staat, der Sicherheit gibt, Freiräume **respektiert und** schafft und den Einzelnen nicht bevormundet.“

Begründung: Die Ursprungsformulierung, dass der Staat Freiräume „schafft“, könnte so verstanden werden, dass Handlungsfreiheiten und nicht regulierte Bereiche ein großzügiges Entgegenkommen des Staates sind. Der Zustand des Freiraums ist in vielen Fällen nicht vom Staat zu schaffen, sondern existiert (gewissermaßen „vorstaatlich“) und sollte aus einem CDU-Staatsverständnis auch vom Staat „respektiert“ werden = nicht ohne besonderen Grund „angefasst“ werden.

66. Zeile 1995: wie folgt ändern:

„...**Bundesrepublik wesentlich mitgeprägt.**“

Begründung: Wir waren in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland die wichtigste Regierungspartei. Wir sollten aber nicht den Eindruck erwecken, wir hätten die Entwicklung unseres Landes allein gestaltet.

67. Zeile 2011f: Der Satz wird wie folgt ergänzt:

„Der Staat ist kein Selbstzweck, sondern dient den Bürgern **und ist durch diese** begründet.“

Begründung: Der Staat ist nicht für die Bürger gegründet worden (durch wen, wäre dann auch die Frage), sondern ist die Vereinigung der Bürger, die „Organisationsform“, die sie sich – idealtypisch gesprochen – gegeben haben, um das Gemeinwesen gemeinsam zu verwalten/organisieren.

68. Zeile 2014f: Der Satz „Wir streben konsequent nach einem Staat, der den Bürgern mehr ermöglicht, als er verhindert.“ wird ersetzt durch:

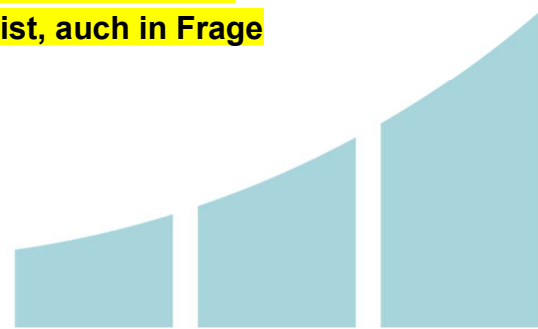
„**Unser Staatsverständnis und politisches Ziel ist es, dass der Staat Initiative und Entfaltung ermöglicht, statt diese durch Überregulierung zu verhindern.**“

Begründung: Die Ursprungsformulierung überbetont den Staat als Institution, die vermeintlich eigenständig Bürgern Freiheiten ermöglichen oder beschneiden kann.

Die Neuformulierung betont stärker, dass die Ausrichtung des Staates der durch die Politik vorgegeben Richtung folgt und wir hier explizite Vorstellungen mit Blick auf staatliches Agieren haben.

69. Zeile 2020f: Der Satz wird wie folgt ergänzt:

„Wir müssen raus aus der Komplexitätsfalle, also Prozesse verschlanken und vereinfachen **und dort, wo Regulierung nicht erforderlich ist, auch in Frage stellen.**“



Begründung: Ergänzung, dass es nicht nur um Verschlankung / Vereinfachung von Prozessen gehen sollte, sondern immer auch die Frage nach dem Erfordernis des Prozesses Teil der Reflexion sein sollte.

Oder:

„... erforderlich ist, auch beenden“

70. Zeile 2021: ergänze nach „... verschlanken und vereinfachen.“:
„Dazu gehört auch die Modernisierung unseres Planungsrechts. Insbesondere bei großen binationalen Infrastrukturmaßnahmen müssen wir unser Planungsrecht mit denen unserer Partner harmonisieren.“

Begründung: Große Verkehrsprojekte, wie zum Beispiel die feste Fehmarnbelt-Querung zwischen Schleswig-Holstein und Dänemark, zeigen dass das deutsche Planungsrecht erheblich zeitraubender als das dänische ist, ohne im Bereich Bürgerbeteiligung oder Durchdachtheit der Planung wesentliche Vorteile zu zeigen. Gerade für grenzüberschreitende Projekte bedarf es einer stärkeren Kompatibilität des Planungsrechts. Langfristig könnte auch ein einheitliches europäisches Planungsrecht sinnvoll sein.

71. Zeile 2029f: Der Satz wird wie folgt ergänzt:
„Jede Maßnahme soll mit klaren, messbaren Zielen hinterlegt und regelmäßig auf ihre Wirksamkeit überprüft werden.“

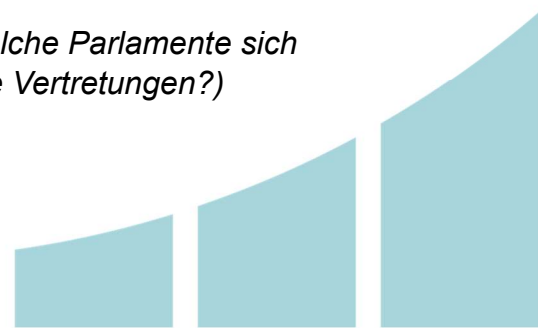
Begründung: Wenn messbare Ziele definiert werden, ist es die logische Konsequenz, die aber genannt werden sollte, das Erreichen der Ziele / Wirksamkeit zu prüfen.

72. Zeile 2043ff: ergänze wie folgt:
„Die Kultur unserer Verfassung beruht auf gemeinsamen Wertüberzeugungen christlichen Ursprungs und der Aufklärung, die Staat und Gesellschaft ...“

Begründung: Neben den frühen christlichen Impulsen für eine humane Gesellschaft hat das Zeitalter der Aufklärung ganz wesentliche Impulse für das Entstehen unserer modernen Gesellschaft gesetzt. Das darf nicht verschwiegen werden und ein Fehlen nicht zum Anlass genommen werden, dass die Aussagen in den Zeilen 211 und 318 nachträglich relativiert werden sollen.

73. Zeile 2063f: Da im zweiten Satz der Plural („Parlamente“) verwendet wird, sollte auch der erste diesen verwenden:
„Das Die Parlamente muss müssen leistungsfähiger werden.“

Begründung: Anzuregen ist zudem eine Präzisierung, auf welche Parlamente sich der Absatz bezieht (Bundestag? Landtage? EP? Kommunale Vertretungen?)



74. Zeile 2072: Nach „Mehrheitswahlrechts.“ wird der Satz eingefügt:

„Von den Bürger im Wahlkreis direkt gewählte Bundestagsabgeordnete müssen aufgrund ihrer unmittelbaren Legitimation stets dem Parlament angehören.“

Begründung: Ergänzung, weil es elementare Frage von Legitimation, Transparenz und Vertrauen betrifft.

75. Zeile 2136ff: ändere in

Der Satz ist zu ändern in:

„Wir wollen ergänzend zu den im Rechtsstaat erforderlichen klaren Regelungen in Einzelparagrafen im Zuge der Gesetzgebung auch strategischen Zielen und Kennziffern für die Zielerreichung definieren.“

Begründung: Der Beginn des Ursprungssatzes („Wir wollen weg von kleinteiligen Paragrafenregelungen (...)“) klingt, als ob wir Gesetze ohne konkrete Paragrafen beschließen wollen, was im Rechtsstaat nicht möglich und nicht wünschenswert ist.

76. Z. 2140f: Änderung des Satzes wie folgt:

„Gesetze sollen ~~grundsätzlich~~ **im Regelfall** nur noch zum 1. Januar und 1. Juli in Kraft treten.“

Begründung: „Grundsätzlich“ ist zu absolut, da es immer Situationen geben wird, wo kurzfristiger durch den Gesetzgeber gehandelt werden muss, um Schaden abzuwenden. Deshalb die angepasste Formulierung.

77. Z. 2167: Der Satz wird wie folgt ergänzt:

„Wir wollen das Personalwesen aller **Bundesministerien** bündeln.“

Begründung: Vermeidung von Irritationen bei den Bundesländern.

